

Pressemitteilung



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

25.01.2010

Herausgeber:
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (**DPoIG**)
Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle
Calvinstr. 5 A
10557 Berlin
Tel.: 393 30 73 / 74
Fax: 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
Internet: www.dpolg-berlin.de
V.i.S.d.P.: Eduard Riese, Landesredakteur

Kinderschänder Thema im Innenausschuss

DPoIG Berlin: Nicht zurücklehnen - Polizeirecht ändern und elektronische Fußfessel einführen

Der Fall des Kinderschänders Uwe K. wird heute umfangreich im Innenausschuss erörtert. Doch statt der üblichen Schuldzuweisungen sollte allen Beteiligten eine rechtlich saubere und praktikable Lösung zum Wohle der Berliner Kinder am Herzen liegen. Eine Regelung des Bundes abzuwarten bedeutet, das Problem auf die lange Bank zu schieben.

Der Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf, dazu: *"Der Berliner Gesetzgeber kann das Problem auch schnell selbst lösen. Wir brauchen eine Zulässigkeit von dauerhaften Beobachtungsmaßnahmen in solchen Fällen nur in das ASOG Berlin aufzunehmen. Die Stadt darf sich nicht zurücklehnen und auf die Zuständigkeit des Bundes verweisen."*

Bei nachweislicher Gefährlichkeit könnte dann die Polizei auch längerfristig observieren. Dazu gehört bei diesem Täterkreis dann allerdings auch die Überwachung der Wohnung des Gefährders mit richterlichem Beschluss.

Die Personalstärke der Berliner Polizei wird eine flächendeckende Überwachung nicht immer zulassen. Pfalzgraf: *"Wir brauchen als Praxisinstrument auch die elektronische Fußfessel, die wirkt dann zusammen mit den Gefährdungsansprachen wirklich abschreckend!"*

Die Arbeit der hoch belasteten Spezialisten des LKA wurde vom Gewerkschaftschef gelobt: *"Diese Kollegen tun ihr möglichstes, sind teilweise selbst Familienväter. Aber wenn sie Eltern auf die Gefahr durch Uwe K. hinweisen und diese Familien ignorieren das - darf nicht die Polizei wegen Untätigkeit beschimpft werden."*
